DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

LTW AFD

Bei den Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen könnte die AfD zur stärksten Partei werden. Was dann?

Von Johannes Hillje Seite 2

4. März 2023

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU)

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD)

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke)

Was, wenn der Wahlsieger AfD heißt?

Union und FDP sollten nicht den Anschein erwecken, dass die Partei als Koalitionspartner oder Stütze einer Minderheitsregierung infrage kommt

Von **Johannes Hillje**

Es gibt Sätze, die hätten Politiker im Interesse der Demokratiehygiene besser nicht gesagt. In erhöhter Konzentration fallen diese Sätze im zeitlichen Nahbereich von Wahlen. Nach der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus rief Markus Söder aus der Ferne, es wäre eine „grobe Missachtung der Demokratie“, sollte eine Regierung ohne den Wahlsieger CDU gebildet werden. Die rechnerische Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken hätte „überhaupt keine Legitimation“, erklärte Söder. Der Berliner CDU-Generalsekretär Stefan Evers nahm für dieses Szenario gar den Begriff vom „Wahl-Klau“ in den Mund. Andere CDU-Politiker erdichteten ein Wahlgesetz, das dem Erstplatzierten einen „Regierungsauftrag“ verschaffen würde, den das geltende deutsche Wahlsystem nur eben gar nicht kennt. Von „Anstand“ war ebenfalls die Rede. Und auch ein gewisser Olaf Scholz erfand nach der Bundestagswahl 2021 eine vermeintliche Gesetzmäßigkeit: „Parteien, die abgewählt sind, sollten nicht versuchen, eine Regierung zu bilden."

Im nächsten Jahr könnten diese Sätze ihre Dichter in gehörige Erklärungsnöte bringen. Dann finden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg statt. In jedem dieser Länder liefert sich die AfD laut jüngsten Umfragen von Infratest dimap ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Partei des Ministerpräsidenten. INSA weist die AfD sogar in allen drei Ländern auf Platz eins aus, überschätzte die Rechtsaußen-Partei allerdings in der Vergangenheit mehrmals. Trotzdem: Der AfD könnte 2024 der erste Landtagswahlsieg ihrer Parteigeschichte gelingen. Und dann? Niemand aus den demokratischen Parteien würde die Regierungsbildung ohne die stärkste Kraft in diesem Fall eine „Missachtung der Demokratie“ nennen oder von mangelndem Anstand sprechen. Die AfD wird diese Aussagen dann genüsslich rauf und runter zitieren.

Jammerschade, dass es ausrechnet dann um die Glaubwürdigkeit solcher ungeschriebenen Gesetze schlecht bestellt sein wird, wenn sie wirklich einmal gebraucht werden. Nötig wäre ein Leitsatz, der besagt, dass es die Achtung der Demokratie erforderlich macht, eine Regierung ohne den Wahlsieger zu formen, wenn dieser angetreten ist, um die repräsentative Demokratie zu beseitigen. Schließlich sind die ostdeutschen Landesverbände der AfD die radikalsten, in Thüringen stuft der Landesverfassungsschutz die Partei als „gesichert rechtsextrem“ ein.

Am ehesten ist derzeit ein Wahlsieg der AfD in Sachsen und Thüringen denkbar. Schon bei den vergangenen Landtagswahlen landete sie dort auf Platz zwei. Der Unterschied zu damals: Die AfD formuliert für das kommende Jahr erstmals offiziell das Ziel, Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen. Selbstverständlich ist diese Aussage primär ein strategischer Zug, der die CDU unter Druck setzen und die eigene Basis mobilisieren soll. Zumal bei der Koalitionsfähigkeit Anspruch und Ausrichtung der AfD kaum weiter auseinanderliegen könnten. Nach ihren Metamorphosen von einer nationalkonservativen Anti-Europartei über eine rechtspopulistische Anti-Migrationspartei hin zu einer radikal rechten Anti-Systempartei ist die AfD heute gänzlich koalitionsunfähig. Doch gera-

Fotos: picture alliance/dpa | Sebastian Kahnert, picture alliance/dpa | Bernd Settnik, Geisler-Fotopress | Michael Kremer

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Bedingt abwehrbereiter

Zweifellos ist Boris Pistorius ein Blitzstart gelungen. Kaum zum Bundesminister der Verteidigung ernannt, hatte er in den Beliebtheitsskalen den ersten Platz erklommen, wenngleich – so viel Relativierung muss sein – schon mehrere Mitglieder des Scholz-Kabinetts weit oder ganz oben standen und stehen: Annalena Baerbock, Robert Habeck, auch der Bundeskanzler selbst. Karl Lauterbach wurde nicht zuletzt seiner Umfragewerte wegen Gesundheitsminister. Doch der Pistorius-Aufstieg war von besonderer Art. Bis zu seiner Berufung war der vormalige Landesinnenminister nicht einmal auf die Listen von Politikern gelangt, nach denen fürs Ranking gefragt wurde. Außer einigen Interviews und Auftritten als Verteidigungsminister hatte er noch keine Leistungsnachweise erbracht. Immerhin: Grobe Fehler waren ihm nicht unterlaufen. Er besuchte Heer und Marine, er setzte sich in Panzer und trug dazu passende Kleidung. Nach der kurzen Amtszeit der unglücklichen Christine Lambrecht reichte das offenkundig, Shootingstar zu werden. Manche Kommentatoren überschlugen sich und setzten ihn in eine Reihe mit „großen“ Vorgängern, Peter Struck zum Beispiel oder gar Helmut Schmidt. Kanzlertauglich sei er auch.

Ein herausragendes Amt auf Bundesebene hatte Pistorius noch nicht. 2019 beim SPD-Mitgliederentscheid über den Parteivorsitz landete er zusammen mit Petra Köpping auf dem vorletzten Platz: 14,61 Prozent. Womöglich hat er sich noch daran zu gewöhnen, dass er nun aufpassen muss, was er sagt und wie er das tut. Es wird genauer hingeschaut. Beispiel 1: Wehrpflicht. „Wenn Sie mich als Zivilisten fragen, als Staatsbürger, als Politiker, würde ich sagen: Es war ein Fehler, die Wehrpflicht auszusetzen“, sagte er der *Süddeutschen Zeitung*. War das ein Pro-Wehrpflicht-Plädoyer? Pistorius hatte nachzubessern. „Ich habe mich ausdrücklich nicht für die Reaktivierung der Wehrpflicht ausgesprochen“, bemerkte er laut dpa. Auch der Bundeskanzler wurde damit konfrontiert. Scholz in der *Bild*-Zeitung: „Die Wehrpflicht hat Verteidigungsminister Guttenberg vor zwölf Jahren ausgesetzt. Die Bundeswehr wurde zu einer Berufsarmee umgebaut. Daher gibt die Rückkehr zur Wehrpflicht keinen Sinn.“ Punkt.

Beispiel 2: Bundeswehretat. Pistorius plädierte für eine Erhöhung des Etats um zehn Milliarden Euro. Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato sei die Untergrenze. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken dazu in der *FAZ*: „Zehn Milliarden Euro sind eine Menge Geld.“ Es gebe noch andere Koalitionsvorhaben, die noch nicht finanziert seien. Die Kindergrundsicherung zum Beispiel. „Es ist jetzt wichtig, dass das Beschaffungswesen im Verteidigungsministerium dazu befähigt wird, dieses Geld zielgerichtet einzusetzen. Dann sprechen wir weiter.“ Ähnlich der Grünen-Chef Omid Nouripour im ZDF: Die Gelder für die Bundeswehr müssten auch bei der Truppe ankommen und dürften nicht in „merkwürdigen Projekten versinken, die am Ende keinen Sinn machen, nicht mehr Sicherheit bringen, aber Geld verbrennen“. Pistorius allein zu Haus? Noch verhindern seine Beliebtheit und der Zuspruch von Scholz und anderen aus der SPD, dass er der Großsprecherei geziehen wird. Doch das kann sich rasch ändern. Einst gab Angela Merkel eine Erfahrung von Horst Seehofer zum Besten: „Wenn’s heute schön ist, muss es morgen nicht genauso sein. Das ist das Wesen von Politik.“ Annegret Kramp-Karrenbauer, Pistorius’ Vorvorgängerin, kann ein Lied davon singen. ■

de wegen dieser aussichtslosen Lage außerhalb des Verfassungsbogens, setzte der AfD-Bundesvorstand seine Regierungsabsicht als Hauptbotschaft zum zehnjährigen Parteigeburtstag im Februar. Denn abgesehen von der eisernen Stammklientel wollen Wählerinnen und Wähler schließlich darüber mitentscheiden, wer am Ende regiert. Die triste Aussicht auf weitere Jahre Fundamentalopposition wirkt auf der entscheidenden Meile eines Wahlkampfs als Mobilisierungsbremse.

Auch wenn es realitätsfern ist, kann die AfD also gar nicht anders, als zu behaupten, dass sie regieren wolle. Wie realitätsnah ein solches Ziel jedoch wirkt, hängt von den anderen Parteien ab. Die deutlichen Absagen der CDU-Vorsitzenden in Sachsen und Thüringen, Michael Kretschmer und Mario Voigt, nicht mit der AfD zusammenzugehen, sind zunächst einmal glaubwürdig. Die Krux liegt jedoch vielmehr in der Frage: Wo fängt Zusammenarbeit an? Gilt zusammenstimmen – unabgesprochen, aber für das Zustandekommen einer Mehrheit entscheidend – als zusammenarbeiten? Solche Fälle gab es nun schon mehrmals, auf Kommunalebene noch vermehrter und willentlicher. In Thüringen argumentierte die CDU zuletzt, dass man ja als demokratische Opposition die Arbeit einstellen müsste, wenn man aus Angst vor AfD-Stimmen keine eigenen Anträge mehr stellen würde. Das ist ein Argument, durchaus gewichtig, aber in dieser schwierigen Ab-

wägung womöglich nicht das entscheidende. Denn gerade in Thüringen genießt die CDU weiterhin einen privilegierten Einfluss auf die Minderheitsregierung von Bodo Ramelow. Erst kürzlich hat der linke Ministerpräsident die CDU und FDP zu Vorabgesprächen über den Landeshaushalt 2024 eingeladen, weil er ihre Präferenzen berücksichtigen wolle.

So stellt sich mit Blick auf die Wahlen die Frage, wem die gemeinsamen Mehrheiten am meisten nutzen. Das ist vermutlich die AfD. Denn jede Mehrheit, die nur mit ihren Stimmen zustande kommt, ist für sie ein seltener wie überlebenswichtiger Ausweis politischer Wirksamkeit. Er wird umso wertvoller, wenn es wie im November in Erfurt um AfD-Kampagnenthemen wie das Gendern geht. Solche Leitungsnachweise braucht die AfD, um Wählerstimmen zu halten und weitere zu mobilisieren. Denn unterm Strich stellt sich für die AfD und ihre Anhängerschaft im nächsten Jahr exakt diese Frage: Wirksamkeit oder Wirkungslosigkeit? Jedes bisschen programmatische Umsetzung, das andere Parteien der AfD ermöglichen, ist ein strategischer Fehler. Jede Form der Integration in den Parlamenten stärkt die Partei rechts der demokratischen „Brandmauer“. Nur mit Isolation wird man ihr langfristig beikommen können. Und das erfordert einen langen Atem.

Nach einem möglichen Wahlsieg der AfD in den ostdeutschen Ländern wird es also demokratische Standhaftigkeit brauchen. Die CDU und FDP sollten nicht einmal den Anschein erwecken, dass die AfD als Koalitionspartner oder Stütze einer Minderheitsregierung infrage kommt. Jedes Signal, jede Sondierung in diese Richtung normalisiert den Gedanken daran, dass eine radikal rechte Kraft auf irgendeine Weise an der Macht in diesem Land beteiligt werden könnte.

Die Pointe dieser durchaus komplizierten Ausgangslange für die Wahlen in Ostdeutschland könnte jedoch von ganz anderer Seite beigesteuert werden: Derzeit verdichten sich die Hinweise, dass Sahra Wagenknecht mit einer neuen Partei zur Europawahl 2024 antreten wird. Die Europawahlen finden vor den drei Landtagswahlen statt. Allerdings würde es die Etablierung einer Wagenknecht-Partei deutlich erschweren, wenn man bei den Europawahlen vor dem Sommer, aber nicht bei den Landtagswahlen nach dem Sommer antreten würde. Man kann also nicht ausschließen, dass sich die neue Partei im nächsten Jahr auch auf Landesebene zur Wahl stellt. Über das Potenzial einer „Liste Wagenknecht“ ist bekannt, dass dieses zwar nicht für ganz vorne reicht, aber insbesondere unter derzeitigen AfD-Wählern relativ hoch ist. Zu Ende gedacht: Wagenknecht könnte der CDU zum Wahlsieg verhelfen, weil sie sowohl der AfD als auch der Linken Stimmen abluchst. Dann bliebe Markus Söder zumindest die Schmach erspart, aus dem Süden zurückrufen zu müssen, dass der Wahlsieger diesmal auf keinen Fall regieren dürfe. ■

Dr. Johannes Hillje arbeitet als Politik- und Kommunikationsberater in Berlin und Brüssel.

Zur Sache: Bonnie D. Jenkins, Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale im UN-Sicherheitsrat in New York im vergangenen Jahr

picture alliance / REUTERS | Andrew Kelly

Echte *feministische* Außenpolitik

Was Atomwaffensperrverträge mit Frauenrechten zu tun haben

Von **Bonnie D. Jenkins**

Viele Menschen stellen sich vermutlich die Frage, warum die Zunahme von Anti-Gender- und Anti-Demokratie-Bewegungen in meinen Aufgabenbereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und Rüstungskontrolle fällt. Dazu möchte ich sagen, dass Gender und Demokratie nicht nur wichtige Aspekte meiner Arbeit darstellen, sondern unerlässlich sind, wenn wir eine umfassende, stabile und nachhaltige Sicherheitsstruktur aufbauen möchten.

Im Verlauf der neueren Geschichte sind wir Zeugen einer beunruhigenden weltweiten Zunahme von antidemokratischen Tendenzen geworden, die durch Konflikte und Krisen aufgrund von beispielsweise Nahrungs-, Wasser- und Klimainstabilität weiter verschärft wurden. Menschen, die in antidemokratischen Gesellschaften leben und denen es an lebenswichtigen Dingen fehlt, wenden sich mit der Forderung nach Hilfe und Unterstützung an ihre Regierungen. Doch diese Hilfe wird ihnen aufgrund von Diskriminierung und staatlichen Einschränkungen hinsichtlich der Wahrnehmung von Menschenrechten aufgrund ihrer Rasse, Religion, ethnischer Zugehörigkeit und anderen Merkmalen verwehrt.

Quellen wie das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen, UN Women sowie das Center for Feminist Foreign Policy (CFFP) bestätigen, dass eine Zunahme antidemokratischer Tendenzen präventiv erkannt werden kann, wenn die Wahrnehmung der Rechte jener, die am stärksten marginalisiert werden, eingeschränkt wird. In vielen Fällen handelt es sich bei diesen marginalisierten Gruppen um bestimmte Ethnien, religiöse Minderheiten sowie Frauen, Mädchen und gender-diverse Personen aus allen Teilen der Bevölkerung. Wissenschaftliche Untersuchungen legen nahe, dass die eingeschränkte Wahrnehmung der Rechte von Frauen und gender-diversen Personen innerhalb einer Gesellschaft die Entwicklung von antidemokratischen und pro-autoritären Regimen verstärken kann.

Die Auswirkungen solcher Maßnahmen reichen weit über die Einschränkung der Rechte von Frauen hinaus. Sie tragen auch dazu bei, demokratische Strukturen zu untergraben, die Gleichstellungspolitik zu delegitimieren, den Schutz der Menschenrechte zu schwächen, Rechenschaftsmechanismen auszuhöhlen und die Wirksamkeit militärischer und demokratischer Schutzmechanismen zu verringern. Je instabiler diese demokratischen Strukturen werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für eine Eskalation von Gewalt, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen und eine Aushöhlung von Verifizierungs- und Konformitätsprozessen.

Eine wissenschaftliche Studie der Universität Stockholm aus dem Jahr 2020 zeigt: Je positiver militärische Stärke, Maskulinität und der Besitz nuklearer Waffen asso-

ziiert sind, desto ausgeprägter sind die Indikatoren für einen gezielten Fokus auf die Verbreitung von Kernwaffen. Die Autorin der Studie, Emma Rosengren, untersuchte die Abrüstungspolitik Schwedens in den 1960er-Jahren vor dem Atomwaffensperrvertrag und stellte fest, dass Fachleute und politische Entscheidungsträger Vorurteile, die zu verzerrten Schlussfolgerungen in Bezug auf wirksame Strategien für eine Nichtverbreitung von Kernwaffen führen können, in ihren Entscheidungsprozessen besser einschätzen und berücksichtigen konnten, sobald Gender Bias als Faktor in der Atompolitik erkannt wurde. Das führte dazu, dass die Einflüsse von Gender und Identität offen anerkannt wurden, was wiederum Schweden dazu veranlasste, den Weg in Richtung Nichtverbreitung und Abrüstung einzuschlagen, als das Land vor der Entscheidung stand, eine Atommacht zu werden.

Ich nutze dieses Beispiel, um zu unterstreichen, wie wichtig es ist, die unterschiedlichen Verzerrungseffekte zu verstehen – also nicht nur geschlechtsbezogene Verzerrungen, sondern auch solche auf der Grundlage von Rasse, Religion, sexueller Orientierung oder Identität – die tief in unserer Politikgestaltung verwurzelt sind, und zu erkennen, wie wir ihnen entgegenwirken können. Das ist ein Grund, warum die Agenda *Women, Peace and Security* („Frauen, Frieden und Sicherheit") so wichtig ist: Eine größere Teilhabe von Frauen an allen Aspekten und auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung wird unvermeidlich zu mehr Diversität der Stimmen und Perspektiven führen, von denen der Dialog profitieren und die es uns ermöglichen wird, bessere Lösungen zu entwickeln.

Am wichtigsten jedoch ist, dass das unermüdliche Engagement jener Mitglieder der Zivilgesellschaft nicht übersehen wird, die entschlossen evidenzbasierte Methoden einsetzen. Der Einsatz und die Stimmen aller, von Jugendaktivisten über Journalistinnen, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit über diese Themen berichten, bis hin zu jenen, die in den Basisbewegungen vor Ort tätig sind, sollten anerkannt und gehört werden.

Um Frieden und Sicherheit zu erreichen, reicht es nicht aus, bei Wahlen abzustimmen oder sich eine Meinung zu bilden, sondern wir müssen die Interessen, das Wissen und die Erfahrungen aller nutzen, um nachhaltige Lösungen und Politik zu gestalten. Menschen unterschiedlicher Geschlechter und Identitäten haben unabhängig von ihrem Herkunftsland, ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit einen ganz unterschiedlichen Blick auf dieselben Fragestellungen. Der einzige Weg zu nachhaltigem Frieden und langfristiger Sicherheit für alle ist eine aktive und bedeutsame Teilhabe aller. ■

Botschafterin **Bonnie D. Jenkins** ist US-Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit.

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Rumstresser

Regalmeter noch zu verfassender soziologischer Fachliteratur nahm der französische Schriftsteller Victor Hugo einst mit der bestechend präzisen Beschreibung vorweg, das Bürgertum sei die *zufriedene Klasse*.

In der vergangenen Woche bestätigten nicht nur die Zentralorgane des Klein- und Großbürgertums, *Bild* und *FAZ*, ihren Argwohn gegenüber allem, was ihren Vorstellungen von bitte nicht zu behelligender Normalwelt zu beeinträchtigen droht. Aus Robert Habecks Wirtschafts- und Klimaministerium ist ein Referentinnenentwurf durchgesickert, dem zufolge Heizungen ab 2024, oh Schreck, *verboten* werden sollen.

Die Details sind dann natürlich doch etwas komplizierter, – es geht erstens um neue Anlagen, die mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien laufen sollen. Ins Parlament eingebracht ist der Plan auch noch lange nicht, es dürfte schon noch daran gefeilt werden – und wenn die regierungseigene Oppositionspartei FDP für die verbliebenen Getreuen hinreichend oft „Irrenhaus!“ in Richtung Habeck getwittert hat, dürfte sie sogar ein oder zwei Verbesserungsvorschläge einbringen.

Bis dahin wird es auch mit größter Wahrscheinlichkeit neue Anlässe für die Klasse der vermeintlich Zufriedenen geben, sich über die Grünen zu empören.

Ein beliebter, aber angesichts der moralischen Heuchelei doch etwas abgefeimter Vorwurf gegenüber der Partei lautet immer wieder, das ganze ökologische Gewissen und Verhalten müsse man sich schon leisten können – und liefe doch eigentlich nur auf das Distinktionsbedürfnis einer sich besonders hochstehend dünkenden Truppe hinaus. Dann kommt auch gleich die sprichwörtliche hart arbeitende Krankenschwester ins Spiel, die etwa auf ihr Auto angewiesen sei. Geht es um ihre Entlohnung und Arbeitsbedingungen, sieht die Nummer aber gleich wieder anders aus. Aber auch in den großpolitischen und geoökonomischen Energiefragen argumentiert der fossile Fanclub gerne beinhart für den betonierten Status quo – inklusive Öl- und Atomkonzern-Milliardeneinnahmenbestandsgarantie. Bloß keine *Zumutungen* – sprich: keine Veränderungen, keine Kraftanstrengungen, kein Wille zum Wandel. Die Zufriedenen wollen, dass bitte alles so bleibt, wie es vorgeblich war.

Wenn die Grünen, selbstverständlich mal besser und mal schlechter, wir sprechen immer noch von Parteien, auf die neuen Verhältnisse, Umstände und Notwendigkeiten –Klimawandel, Gleichberechtigung oder untauglich gewordene diplomatische Gepflogenheiten – immerhin reagieren wollen und nicht bloß den Stillstand zu verwalten trachten, wird die Technologieoffenheit utopisch genannt, wird bei Geschlechterthemen der bürgerliche Anstand vergessen und verliert sich in Vulgarität. Und es wird, was Auftrag der Legislative ist, die Gesetzgebung reichlich geistlos als unstatthafte Gängelung, Verbotskultur und Dirigismus abgetan. Einst galt ihr Quengelei noch als liederlich, und es zeichnete die bürgerliche Klasse vielmehr der Mut zur Introspektion aus, die Fähigkeit, Festgefahrenheit und tote Traditionen zu überwinden, sich neu zu erfinden. Das war das Fortschrittsversprechen, für die eigene und folgende Generationen. Auf ein Neues. ■

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz
Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout: Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]: Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 2.März 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023

DER HAUPTSTADTBRIEF

Jetzt abonnieren unter:
derhauptstadtbrief.de

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie jedes Wochenende den aktuellen HAUPTSTADTBRIEF bequem per Email.